



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 9. Ratssitzung vom 8. Juli 2026

398. 2026/211
Weisung vom 06.05.2026:
Finanzverwaltung, Nachtragskredite I. Serie 2026

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

1. Im Budget 2026 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite bewilligt:

Ordentliche Nachtragskredite	Betrag
Erfolgsrechnung	11 329 000
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	3 273 700
Total	14 602 700

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2026 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Kreditübertragungen bewilligt:

Ordentliche Kreditübertragungen	Betrag
Erfolgsrechnung	+38 098 500 -38 828 500
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	+859 500 -129 500
Total	0

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt Martin Bürki (FDP), Präsidium die Weisung zu den Nachtragskrediten I. Serie 2026 vor und vertritt die Kommissionsmehrheit zu den Dispositivziffern 1 und 2.

Martin Bürki (FDP): Gemäss geltendem Recht muss der Stadtrat für nicht budgetierte Aufwendungen einen Nachtragskredit beantragen. Die Anträge werden gebündelt und zweimal pro Jahr vorgetragen. Beim Nachtragskredit I. Serie beantragt der Stadtrat ordentliche Nachtragskredite im Umfang von 14,6 Millionen Franken und ordentliche Kre-



ditübertragungen in der Höhe von rund 39 Millionen Franken. Dringliche Nachtragskredite werden keine beantragt. Da der Budgetprozess in der Stadt sehr lang dauern kann, ist im Vor herein nicht immer prognostizierbar, was genau passieren wird. In dem Sinn sind Nachtragskredite ein übliches Mittel, um auf kurzfristige Veränderungen einzugehen. In der Beratung hat die Rechnungsprüfungskommission (RPK) 25 Fragen gestellt, die gut beantwortet wurden. Die meisten Anträge sind unbestritten. Eine Kommissionsmehrheit beantragt mit vier Abweichungen bei einzelnen Anträgen die Zustimmung.

Kommissionsminderheit:

Johann Widmer (SVP): *Die SVP lehnt das ganze Paket mit Dispositivziffern 1 und 2 ab. So geht es nicht weiter. Zürichs Finanzpolitik fährt an die Wand und es ist jedes Jahr dasselbe Schauspiel: Zuerst präsentiert der Stadtrat ein Budget, das vor Defiziten strotzt und kaum hat das Jahr begonnen, wird nachgeschoben. Mit der Weisung zur I. Serie der Nachtragskredite beweist die links-grüne Mehrheit mit der FDP einmal mehr, dass sie eines nicht kann: mit dem Geld der Steuerzahler umgehen. Mit Blick auf die Rekorddefizite, die noch kommen werden und schon hier sind, explodieren die Ausgaben – wir sind bereits bei 11 Milliarden Franken. Die Antwort des Stadtrats darauf sind zusätzliche Millionen Franken mit Nachtragskrediten. Das ist keine seriöse Finanzplanung, sondern reine Salami taktik. Man serviert dem Parlament die Kosten scheibchenweise, damit der wahre Umfang des finanziellen Debakels nicht auffällt. Während der Mittelstand unter den steigenden Lebenshaltungskosten ächzt, gönnt sich die Stadtverwaltung immer mehr Personal, immer teurere Sonderwünsche – alles unter dem Titel der Dringlichkeit. Meistens ist diese das Resultat schlechter Planung und ideologischer Luftschlösser. Die SVP sagt in aller Deutlichkeit: Jetzt reicht es. Wir können nicht jede Serie Nachtragskredite einfach durchwinken. Jeder Franken, den ihr zusätzlich ausgeben, fehlt am Ende den Familien und dem Gewerbe in dieser Stadt. Zürich braucht keine weiteren Ergänzungskredite, sondern eine Schuldenbremse. Wir müssen aufhören, Schulden auf dem Buckel der nächsten Generation zu machen und die Klientelpolitik von Rot-Grün zu finanzieren. Wer das Budget nicht einhalten kann, hat kein Anrecht auf Nachschlag. Wir fordern Disziplin statt eine Dauerdebitkarte. Die SVP wird die Nachtragskredite nicht mittragen.*

Die RPK beantragt, die Nachtragskredite I. Serie 2026 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK) zu genehmigen:



3. Ordentliche Nachtragskredite

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): Die SVP und die AL werden dem Antrag zustimmen. Zunächst werde ich die Begründung der AL präsentieren, die ich von Tanja Maag (AL) übernommen habe: Offenbar wurde mit der Weisung GR Nr. 2025/195 zur Förderung von Start-ups der BlueLion Stiftung für die Jahre 2026–2029 ein Antrag auf Nachtragskredit eingeräumt. Der Teil der AL-Antragsbegründung ist somit hinfällig. Es ändert nichts am Entscheid der AL, die mit Nachtragskredit beantragten 450 000 Franken abzulehnen. Die AL will kein staatliches Geld für die Entwicklung von Netto-Null-Technologien und Frühphasenprogramme wie Climate Tech, Social Impact, Künstliche Intelligenz und Digital Health einsetzen, bei denen der Name allein nach Energieverbrauch klingt. Der Teilbereich zur Klimaneutralität und Erreichung des Netto-Null-Ziels erschliesst nur einen technologischen Aspekt, aber enthält keine Überlegungen zur Suffizienz oder Begrenzung des Ressourcenverbrauchs. Die AL will keine staatlichen Gelder für eine Organisation einsetzen, die Innovation, Wachstum und Wirtschaftsförderung in den Vordergrund stellt. Die SVP wird dem Antrag ebenfalls zustimmen, mit der einfachen Begründung, dass jede Verbesserung des Nachtragskredits eine gute Verbesserung ist.

Markus Haselbach (Die Mitte): Mit dem Nachtragskredit 001 beantragt der Stadtrat für die Stadtentwicklung im Präsidialdepartement 450 000 Franken zusätzliche Betriebsbeiträge für die Stiftung BlueLion. Diese wurde durch die Stadt Zürich, die Zürcher Kantonalbank, die Swisscom AG und eine Privatperson gegründet. Nebst diesen haben die Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH Zürich) und die Universität Zürich Einsitz im Stiftungsrat. Der Stiftungszweck von BlueLion ist die Förderung von unternehmerischem Denken und Handeln sowie die Unterstützung von jungen Unternehmen. BlueLion ist auf eine Förderung von innovativen, technologiebasierten Start-ups in der Frühphase ausgerichtet und fokussiert sich auf zukunftsfähige, gesellschaftsrelevante Branchen wie die Informations- und Kommunikationstechnologie, Digital Health und Clean Tech. Gemäss Stadtrat leistet BlueLion einen Beitrag zur Transformation der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität und Erreichung des Netto-Null-Ziels. Die Nachfrage nach Förderleistungen ist stark gestiegen. Das war für die Erstellung des Budgets 2026 noch nicht ersichtlich. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die zusätzlichen Fördermittel sinnvoll sind, und lehnt den Antrag zur Streichung ab. Sie unterstützt den Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): Seit 20 oder 30 Jahren sind Sie für die Klimapolitik. Nun konnten Sie angeblich nicht erahnen, dass die Nachfrage für Klimaprojekte steigen würde. Das ist ein Eingeständnis von Inkompetenz. Das ist doch Ihr Steckenpferd und dafür müssen Sie eine langfristige Planung haben. Wie wollen Sie denn im Jahr 2050 die Welt



retten, wenn Sie nicht einmal für ein einziges Jahr eine Voraussage treffen können?

Sibylle Kauer (Grüne): Dem Änderungsantrag der AL für die Streichung des Zusatzbetrags stimmten wir beim Abschluss zunächst zu. Die Ausrichtung von BlueLion bei den unterstützten Start-ups finden wir kritisch. In der Zwischenzeit haben wir unsere Meinung geändert, lehnen den Antrag zur Streichung ab und wollen das Geld sprechen. Der Betrag des Nachtragskredits entspricht der Weisung GR Nr. 2025/195, wie wir sie vor rund sechs Monaten diskutiert, abgeändert und beschlossen haben. Dort haben wir den Vorschlag des Stadtrats abgeändert und den jährlichen Beitrag von 500 000 Franken auf 350 000 Franken gekürzt. Für die vielen Unterstützungsgesuche und Beratungsanfragen, von denen viele aus dem Climate-Programm kommen, sprachen wir einen einmaligen Betrag von 600 000 Franken. Die gesprochenen 350 000 Franken zusammen mit den 600 000 Franken ergeben 950 000 Franken. 500 000 Franken waren budgetiert. Die 450 000 Franken, die nun im Nachtragskredit gefordert werden, sind also der fehlende Betrag. Der Weisung haben wir zugestimmt und stimmen nun auch dem Kredit zu.

Leah Heuri (SP): Man kann dieser Stiftung positiv oder negativ gegenüberstehen. Hier geht es aber um die fehlenden 450 000 Franken, die wir bereits in der Weisung gesprochen haben. Es macht keinen Unterschied, ob man zustimmt oder ablehnt, da wir das Geld bereits gesprochen haben. Wir stimmen zu, auch wenn wir intern diskutierten, ob die Stiftung überhaupt Förderbeiträge erhalten sollte.

S. 2	15 1505 3634 00 112	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Stiftung BlueLion: Betriebsbeiträge				Stimmen
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		
001.	Antrag Stadtrat			450 000	Mehrheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium Lara Can (SP), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP)



450 000

0 Minderheit Tanja Maag (AL) Referat,
Sibylle Kauer (Grüne),
Johann Widmer (SVP)

Begründung: Die Effekte der Frühphasenprogramme der BlueLion-Stiftung (Clean/Climate Tech, Social Impact, Künstliche Intelligenz und Digital Health) auf Klimaneutralität und die Erreichung des Netto-Null-Ziels der Stadt Zürich sind nicht nachweisbar.
Erst vor rund 6 Monaten wurde mit dem Geschäft GR Nr. 2025/195 die Förderung von Startups der BlueLion-Stiftung für die Jahre 2026–2029 (neben einem erhöhten wiederkehrenden Beitrag) mit einem einmaligen Beitrag zur Angebotsausweitung unterstützt. Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb die seit 2023 stark gestiegene Nachfrage nicht bereits in der Weisung abgebildet wurde und nun einen Antrag auf einen Nachtragskredit auslöst.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 002.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Përparim Avdili (FDP): Die Nachtragskredite kommen zweimal im Jahr als Folge eines langwierigen, intensiven Budgetprozesses. Wir beraten darüber eingehend und arbeiten konstruktiv zusammen mit dem Ziel, das Budget zu verbessern und im Sinn unserer politischen Anliegen zu handeln. Das Budget haben wir abgelehnt. Bei den Nachtragskrediten kann es durchaus Positionen geben, die der Stadtrat braucht, weil sie dringlich und unvorhergesehen sind und daher geschaffen werden müssen. Genau darum verstehen wir nicht, warum der Stadtrat die Fachstelle Erinnerungskultur in Form eines Nachtragskredits schaffen möchte. Dafür sollten Nachtragskredite nicht missbraucht werden. Inhaltlich sind wir zudem der Meinung, dass bereits genügend Fachstellen für allerlei in der Stadt vorhanden sind. Wir akzeptieren, dass die Mehrheit des Rats das anders sieht. Wir erwarten aber, dass man solche Stellen im Rahmen eines Budgetantrags und nicht unter dem Jahr schafft. Daher stellen wir den Antrag für die Streichung der Stellen.

Beat Oberholzer (GLP): Die Fachstelle Erinnerungskultur wurde in der zweitletzten Sitzung der letzten Legislatur beraten und genehmigt. Der Zeitplan war in der Weisung ausgewiesen und damit klar, dass am 1. August 2026 gestartet werden soll. Der erste Stellenkredit würde also mit einem Nachtragskredit beantragt werden. Es war allen klar, dass dieser Antrag kommen wird. Dass man das nun verschieben will, finde ich überraschend. Akzeptieren wir den Entscheid des Parlaments und stimmen dem transparent kommunizierten Nachtragskredit zu. Wir sind überzeugt, dass die Fachstelle Erinnerungskultur eine gute Anlaufstelle sein wird. Sie soll ihre Arbeit wie geplant aufnehmen.



Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Dieser Antrag zeigt es: Das ist nichts, das man braucht. Kein einziger Franken ist nötig und die Welt würde sich ohne genau gleich weiterdrehen.

Leah Heuri (SP): Erinnerungskultur ist äusserst wichtig. Darum muss man sie schnell angehen. Die Strategie Erinnerungskultur haben wir im November 2025 als Weisung verabschiedet. In den Novemberbrief konnte sie nicht einfließen. So ist es logisch, dass sie im Nachtragskredit I. Serie, also der ersten Möglichkeit, irgendetwas zu budgetieren, angegangen wird. Wenn wir zuwarten und erst im nächsten Jahr beginnen, diese Fachstelle zu planen, sind wir viel später dran. Eine Strategie ohne Ressourcen und Personal ist ein Wunschzettel. Es brauchte Jahre, viel Initiative und Druck des Parlaments, bis diese Strategie überhaupt aufgesetzt wurde. Wir brauchen nun die fachlichen Ressourcen in der Verwaltung, um die Fachstelle zu planen, damit sie im Jahr 2027 wie vorgesehen angesetzt werden kann. Der Prozess der Erinnerungskultur kann nicht auf Knopfdruck angeschaltet werden, sondern braucht eine Vorlaufzeit. Wenn wir das Geld später sprechen, blockieren wir aktiv den Prozess und signalisieren, dass die Aufarbeitung warten kann. Da sind wir dagegen. Der Nachtragskredit ist wichtig, wir stimmen ihm zu.

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Finanzierung der Fachstelle Erinnerungskultur soll über das Budget erfolgen. Es besteht keine Dringlichkeit. Wir stimmen dem Antrag zu.

Sibylle Kauer (Grüne): Die Fachstelle Erinnerungskultur wurde im Rat beschlossen und soll wie geplant umgesetzt werden. Den Änderungsantrag der FDP lehnen wir ab.

Përparim Avdili (FDP): Wir wollen es nicht verzögern. Die inhaltliche Debatte wurde geführt. Trotz der finanziellen Situation der Stadt schuf der Stadtrat diese Stelle einfach so. Das verstehe ich nicht. Man könnte unternehmerischer denken und handeln. Der Stadtrat hätte die Fachstelle auch mit den bestehenden Ressourcen gründen und dann im kommenden Budget aufzeigen können, wo es eventuell neue Stellen braucht.

Samuel Balsiger (SVP): Das Dokument «Strategie Erinnerungskultur» des Stadtrats ist 30 Seiten lang. Darin wird aufgeführt, dass es u. a. um die Schweizer geht, die im Jahr 1936 freiwillig in den Spanischen Bürgerkrieg zogen. Warum kann das nicht ein Jahr warten? Die Erinnerungskultur konnte anscheinend seit dem Jahr 1936 nicht eingeführt werden. Warum muss das jetzt mit einem Nachtragskredit beschlossen werden?

Sophie Blaser (AL): Wieso sollte man einen weiteren Tag warten? Es ist ein gültiger Beschluss. Die Ratsmehrheit wollte das. Es wurde dargelegt, warum wir das der Bevölkerung schuldig sind. Përparim Avdili (FDP), in den Nachtragskredite schiebt man nicht Dinge hin und her. Über die Streichung von Stellen kann man diskutieren, aber hier wurden Stellen gesprochen und ein klarer Auftrag erteilt – ob das der FDP passt oder nicht.

Dr. Florian Blättler (SP): Als ich in den Rat kam, gab es eine einfache Regel: Wenn ein Geschäft eine Weisung ist, die im Gemeinderat behandelt wird, wird weder beim



Budget- noch beim Nachtragskredit darüber diskutiert. Ich wünsche mir diese Regel zurück, damit wir effizienter arbeiten können und Diskussionen nicht doppelt führen.

Përparim Avdili (FDP): Es gibt aber auch die Regel, dass man Nachtragskredite nicht für die obigen Zwecke missbraucht. An die AL-Sprecherin: Ihr wolltet eine Fachstelle schaffen, keine Stelle. Das ist ein Ort, nicht eine konkrete Aufforderung, Arbeitsressourcen zu schaffen. Es gibt bestehende Ressourcen, die eine Fachstelle innerhalb ihrer Dienstabteilung eröffnen können, um die gewünschte Dienstleistung zu erbringen.

Sophie Blaser (AL): Schön, dass mir eine Person «mansplained», die anscheinend die Weisung nicht gelesen hat. Auf Seite 1 dieser Weisung finden Sie folgenden Satz: «Zur Erfüllung der neuen Aufgabe sind in der Dienstabteilung Kultur 200 Stellenprozente geplant». Es steht «geplant» und daher gibt es die Stellen noch nicht.

S. 3	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1510	Kultur				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
	3050 00 000	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten				
	3052 00 000	AG-Beiträge an Pensionskassen				
	3054 00 000	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
002.	Antrag Stadtrat			148 500	Mehrheit	Beat Oberholzer (GLP)
				8 500		Referat, Vizepräsidium
				20 000		Lara Can (SP), Dr. Florian
				1 000		Blättler (SP), Leah Heuri
				178 000		(SP), Sibylle Kauer
						(Grüne), Tanja Maag (AL),
						Florian Utz (SP)
		178 000		0	Minderheit	Përparim Avdili (FDP)
						Referat, Präsidium Martin
						Bürki (FDP), Markus Hasel-
						bach (Die Mitte), Johann
						Widmer (SVP)
		Begründung:	Es ist nicht ersichtlich, weshalb die Fachstelle Erinnerungskultur per sofort und nicht mit dem ordentlichen Budget geschaffen wird.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 003.

Kommissionsreferat:

Martin Bürki (FDP): Bei den Fragen zum Nachtragskredit kam heraus, dass das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) mehr Zeit für die Konzeptarbeit und Vorbereitung der Submission benötigt. Die Ausgaben werden erst im Jahr 2027 anfallen, der Nachtragskredit wird nicht benötigt. Die RPK beantragt, auf den Kredit zu verzichten.



8 / 10

S. 9	35 3550 500015 5060 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall Anschaffung Hardware Mobilien	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
003.	Antrag Stadtrat		100 000		100 000	
					0 Zustimmung	Präsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Vizepräsidium Lara Can (SP), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Tanja Maag (AL), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Gemäss Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) benötigen die Konzeptarbeiten und die Vorbereitung der Submission mehr Zeit. Die Ausgaben werden voraussichtlich erst im Jahr 2027 anfallen, weshalb dieser Nachtragskredit nicht benötigt wird.			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

Antrag 004.

Kommissionsreferat:

Martin Bürki (FDP): Das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) antwortete auf Nachfrage, dass die Kosten für die Buslinien 38 und 46 tiefer als budgetiert ausfallen. Zudem wird erwartet, dass das Budget 2026 die Finanzierung der Buslinie 80 abdeckt. Der Nachtragskredit wird nicht mehr benötigt. Wir beantragen, auf ihn zu verzichten.

S. 12	45 4500 3614 00 000	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat Entschädigungen an öffentliche Unternehmen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat				113 000	



9 / 10

113 000

0 Zustimmung Präsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Vizepräsidium Lara Can (SP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Tanja Maag (AL), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Gemäss Departement der Industriellen Betriebe (DIB) haben neue Berechnungen ergeben, dass die Kosten für die Buslinien 38 und 46 tiefer ausfallen als budgetiert. Zudem wird erwartet, dass das Budget 2026 auch die Finanzierung der Massnahmen für die Buslinie 80 decken kann. Der Nachtragskredit wird daher nicht mehr benötigt.

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Lara Can (SP), Vizepräsidium; Martin Bürki (FDP), Präsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Tanja Maag (AL), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Referat: Lara Can (SP), Vizepräsidium; Martin Bürki (FDP), Präsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Tanja Maag (AL), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)



10 / 10

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

1. Im Budget 2026 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite bewilligt:

Ordentliche Nachtragskredite	Betrag
Erfolgsrechnung	11 216 000
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	3 173 700
Total	14 389 700

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2026 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Kreditübertragungen bewilligt:

Ordentliche Kreditübertragungen	Betrag
Erfolgsrechnung	+38 098 500 -38 828 500
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	+859 500 -129 500
Total	0

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 15. Juli 2026 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat